

Ein Kronzeuge der Lohnabbauer : zu Herrn Professor Böhlers Krisenbekämpfung

Autor(en): **Gawronsky, V.**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **12 (1932-1933)**

Heft 9

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Kronzeuge der Lohnabbauer

Zu Herrn Professor Böhlers Krisenbekämpfung.

Von Dr. V. G a w r o n s k y.

In einer Schrift, betitelt »Möglichkeiten der Krisenbekämpfung«, äußert Professor Böhler sich zu einer Anzahl aktueller volkswirtschaftlicher Fragen. Eingangs kündigt er an, daß seine Darlegungen einen streng wissenschaftlichen Charakter wahren sollen. Allein der Umstand, daß die Ausführungen Professor Böhlers ursprünglich in Form einer Artikelserie ausgerechnet in der »Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung« erschienen sind, wird manche Leser gegenüber der wissenschaftlichen Reinheit der Böhlerschen Erörterungen etwas skeptisch stimmen.

Auf die *Unterkonsumtionstheorie* — die Theorie, die die Ursachen der Krise in dem *Mißverhältnis von übersteigter Produktion und unzureichendem Konsum* sieht — ist Professor Böhler *nicht gut zu sprechen*. Er kennzeichnet sie als »optische Täuschung«, als »oberflächlich«. Selber von der Ueberzeugung der Unwissenschaftlichkeit dieser Theorie, die den Gegnern des Lohnabbaus als treffendes Argument dient, durchdrungen, macht sich Herr Professor Böhler die *wissenschaftliche Beweisführung ihrer Unrichtigkeit allzu leicht*. Er glaubt, die Unterkonsumtionstheorie schon durch die Tatsache widerlegen zu können, daß »die Schwankungen in der Erzeugung und in den Preisen der Produktivgüterindustrien im Konjunkturverlauf viel größer sind als die der Konsumgüterindustrien, und daß sich in der Regel der Aufschwung wie der Abschwung nicht zuerst bei den Konsumgüterindustrien, sondern bei den Produktionsmittelindustrien geltend macht«. Es ist aber *vollkommen unzulässig*, zwischen den Konsumgüter- und den Produktivgüterindustrien, wie es Böhler tut, einen *grundsätzlichen Unterschied* in dem Sinne herauskonstruieren zu wollen, daß die einen von der Konsumkraft der Bevölkerung etwa weniger abhängig wären als die andern. Allerdings produziert die Produktivgüterindustrie nicht unmittelbar für den letzten Verbraucher, wohl aber tut sie es *mittelbar*. Einer Textilmaschinenfabrik wird es nicht gelingen, auch nur eine einzige Textilmaschine abzusetzen, wenn nicht Käufer vorhanden sind für die Stoffe oder Tücher, die vermittels dieser Maschine hergestellt werden sollen. Und eine Lokomotivfabrik wird keinen einzigen Auftrag erhalten, wenn die Eisenbahnverwaltungen nicht damit rechnen, daß Reiselustige in genügender Zahl die Eisenbahn benutzen wollen.

Daß aber die *Produktivgüterindustrien krisenempfindlicher* sind als die Konsumgüterindustrien, das läßt sich auch ohne den Böhlerschen Irrtum erklären. In der Periode des Konjunkturaufschwunges steigt naturgemäß die Produktion der Konsumgüterindustrien. Diese beginnen sich auszudehnen; neue Betriebe werden errichtet, alte Betriebe werden rationalisiert. Die Produktivgüterindustrie erhält infolgedessen vermehrte Aufträge für Maschinen, die Schwerindustrie vermehrte Aufträge für Halbfabrikate. Die Entwicklung dauert aber nicht lange. Der Konsum vermag der gestiegenen Produktion von Konsumgütern bald

nicht mehr zu folgen. Die Konsumgüterindustrien müssen von allen weitem Investitionen absehen. Das heißt noch nicht, daß bereits Absatzmangel für Konsumgüter besteht. Nur ist, mangels genügender Kaufkraftsteigerung, *eine weitere Produktionserhöhung unmöglich.* In der Produktivgüterindustrie aber tritt infolge des Aufhörens der Bestellungen von seiten der Konsumgüterindustrien ein *empfindlicher Rückschlag* ein. Arbeiter müssen entlassen werden, die Arbeitszeit muß verkürzt werden. Die Erträge gehen zurück, die Aktienkurse fallen. Die ersten Anzeichen der Krise sind da. Die Tatsache, daß die Krise in der Produktivgüterindustrie ihren Anfang nimmt, steht jedoch in keinerlei Widerspruch zu der Unterkonsumtionstheorie.

Dasselbe gilt von der Feststellung Professor Böhlers, daß sich die Krise in den Produktivgüterindustrien *stärker* geltend mache als in den Konsumgüterindustrien. Denn nach den Gegenständen des täglichen Gebrauchs besteht auch in der Krise ein allerdings beschränkter Bedarf. Auch in der Krise kauft man Kleidungsstücke, Hausrat usw. Daher hat die Konsumgüterindustrie auch in der Krise Absatz- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Sie verspürt aber, da sie ihre Produktionskapazität ohnehin nicht voll ausnützt, *nicht die geringste Neigung zu Neuinvestitionen.* Selbst Reparaturen und Erneuerungen werden nach Möglichkeit zurückgestellt. Das wirkt natürlich auf die Produktivgüterindustrie zurück, wo der Auftragsrückgang aus diesem Grunde *weit stärker* ist als in der Konsumgüterindustrie. Infolgedessen nimmt die Krise dort viel schärfere Formen an. Diese Feststellung *widerlegt keineswegs, wie Böhler annimmt, die Unterkonsumtionstheorie, sondern paßt durchaus in deren Rahmen.*

Die dritte der Böhlerschen Feststellungen, nämlich daß *auch der Aufschwung* von der Produktivgüterindustrie her eingeleitet werde, ist dagegen nur beschränkt richtig. Solange der Konjunkturaufschwung eingeleitet wurde durch die Eröffnung von Exportmöglichkeiten nach Kolonien oder nach Ländern, die der Industrialisierung harren, machte er sich allerdings zuerst in der Produktivgüterindustrie bemerkbar. Aber die Möglichkeit der Krisenüberwindung durch Industrialisierung von Kolonien oder Agrarländern gehört vergangenen Zeiten an. Heute, wo die Wirtschaft mehr und mehr auf die innern Märkte angewiesen ist, geht die Belegung zumeist von der Konsumgüterindustrie aus. Wir erinnern nur an die letzte amerikanische Konjunktur, die in dem Aufschwung der *Automobilproduktion*, also einer ausgesprochenen Konsumgüterindustrie, wurzelte.

Um jedoch von der Haltlosigkeit der Böhlerschen Widerlegung der Unterkonsumtionstheorie restlos überzeugt zu werden, genügt es, dieser die von Böhler vertretene Krisentheorie gegenüberzustellen. Böhler ist der Ansicht, daß der Aufschwung deshalb zu Ende geht, weil *die verfügbare Kapitaldecke zu kurz geworden sei.* Als Beispiel für die Richtigkeit dieser *Kapitalverknappungstheorie* zitiert Böhler den letzten Konjunkturzusammenbruch in den Vereinigten Staaten. Wenn sich aber zur Zeit des Konjunkturumschwunges wirklich ein Kapitalmangel bemerkbar macht, so ist auch er meist nur eine

Folge des Mißverhältnisses von Konsum und Produktion. Mit fortschreitender Ausweitung des Produktionsapparates wird das Mißverhältnis zwischen Produktivkraft und Konsum immer größer, die Absatzmöglichkeiten infolgedessen immer geringer und die Rentabilitätsaussichten immer schlechter. Das führt dazu, daß das Kapital zurückhaltend wird. Aber diese Kapitalknappheit ist nur relativ, nicht absolut. Kapital ist vorhanden; nur wird dieses Kapital nicht mehr angeboten, da *das Vertrauen in die Dauerhaftigkeit des Konjunkturaufschwunges* zu schwinden beginnt. Daß Krisen aber auch *ohne jede Kapitalknappheit* entstehen können, zeigt das Beispiel Frankreichs, Hollands und der Schweiz. Auch Deutschland stand im Jahre 1929, als der Konjunkturumschwung eintrat, ausländisches Kapital in ausreichendem Maße zur Verfügung. Es ist eben nicht angängig, von einem Ansteigen der Zinssätze gleich auf eine absolute Kapitalknappheit zu schließen, wie Böhler es tut.

Bezeichnend für die Fehlerhaftigkeit der Kapitalverknappungstheorie ist übrigens die Tatsache, daß in den Vereinigten Staaten, als der Konjunkturumschwung sich vorbereitete, *keineswegs die Kapitalbeschaffung im Brennpunkt der Diskussion stand* (was bestimmt der Fall wäre, wenn es sich wirklich um ein Knappwerden der Kapitaldecke gehandelt hätte), sondern vielmehr die *Absatzbeschaffung*. Die verschiedenen Versuche, durch Abzahlungsgeschäfte, Kreditkäufe und andere Formen des Konsumtivkredits den Konsum auszuweiten, zeigen das aufs deutlichste.

Böhlers Vorschläge zur Krisenbekämpfung gehen von der Voraussetzung der Unrichtigkeit der Unterkonsumtionstheorie und der Richtigkeit der Kapitalverknappungstheorie aus. Haben wir gezeigt, daß Böhlers Voraussetzungen unhaltbar sind, so wird es nicht schwer fallen, auch seine Schlußfolgerungen zu widerlegen.

Böhler ist der Ansicht, daß die Krise nur überwunden werden könne, wenn eine Forderung erfüllt, nämlich die *Rentabilität der Produktion wieder hergestellt* wird. Dann werde das Kapital zu neuen Investitionen schreiten, und dann werde auch die für uns lebenswichtige Exportindustrie wieder konkurrenzfähig werden. Als Mittel zu diesem Ziele aber empfiehlt Professor Böhler die *Senkung der Löhne und der Preise*.

Wie aber wird sich diese Deflation in Wirklichkeit auswirken? Wird sie tatsächlich zu vermehrten arbeitschaffenden Investitionen führen? Durch die Lohnsenkung wird zweifellos die Rentabilität der Betriebe vorübergehend erhöht — aber da gleichzeitig mit dem Lohnabbau *ein allgemeiner Konsumrückgang Platz greift*, wird den Unternehmungen die Lust an arbeitschaffenden Neuinvestitionen, trotz erhöhter Rentabilität, rasch vergehen. Neuinvestitionen werden *eben nur dann vorgenommen, wenn Aussicht besteht, daß die vergrößerte Produktion auch Absatz findet*. Davon kann aber im Zeichen der *Deflation keine Rede sein*. Nicht die bisherige Rentabilität, sondern die zukünftigen Absatzmöglichkeiten sind entscheidend für die Frage, ob Neuinvestitionen vorgenommen werden sollen. Um die Rentabilität

unserer Unternehmungen ist es gar nicht so schlecht bestellt (die Durchschnittsdividende der Industrie-Aktiengesellschaften betrug im Krisenjahr 1931 immer noch 5,8 Prozent). Wenn trotzdem so gut wie keine Neuinvestitionen vorgenommen werden, so deshalb, weil die Unternehmungen sich nicht mit einem übersteigerten Produktionsapparat belasten wollen, für dessen Erzeugnisse die Absatzmöglichkeiten fehlen. Durch den Lohnabbau, durch die Deflation aber müßten die Absatzverhältnisse noch schlechter werden, so schlecht, daß sogar zahlreiche *bisher rentable Betriebe mit Verlusten abschließen würden*. Und jene Unternehmer, die sich infolge des Lohnabbaues einer vorübergehenden Besserung ihrer Lage erfreuten, würden sehr bald feststellen, daß die verringerten Absatzmöglichkeiten die Reduktion der Lohnkosten im Endergebnis mehr als wettmachen.

Mit besonderm Elan verfißt Böhler die Notwendigkeit des Lohnabbaues *zur Förderung des Exportes*. Dabei gebärdet er, der Wissenschaftler, sich beinahe noch unternehmerfreundlicher als die Unternehmer selbst. Denn in Unternehmerkreisen hat es sich seit einiger Zeit herumgesprochen, daß der Lohnabbau, wo er durchgeführt worden ist, *als Mittel zur Belebung des Exportes völlig versagt habe*. Wenn sich die Exportindustrie trotzdem mit großem Eifer für den Lohnabbau einsetzt, so nicht deshalb, weil sie dadurch den Export zu steigern hofft, sondern *weil sie sich für die Gewinnausfälle infolge verminderten Exportes auf Kosten der Arbeiterschaft schadlos halten will*.

Man sollte sich über die Gründe, auf denen die Konkurrenzfähigkeit der schweizerischen Industrieerzeugnisse beruht, nicht täuschen lassen. Die Erfolge, die die schweizerische Industrie auf dem Weltmarkt errungen hat, verdankt sie *nicht der Wohlfeilheit ihrer Produkte, sondern deren hervorragenden Qualität*. Auch in Zeiten, da die schweizerische Exportindustrie florierte, waren *ihre Erzeugnisse ausnahmslos teurer als die der Konkurrenz*. Wenn in der Krise der schweizerische Export zurückgeht, so liegt das nicht an der Preisdifferenz, die zwischen den schweizerischen Erzeugnissen und denen der andern herrscht, sondern daran, daß die Kaufkraft und der Wohlstand ganzer Völker durch dieselben Maßnahmen, die nun Professor Böhler unserm Lande empfehlen möchte, zerstört worden ist. Gegen diese Verelendung, gegen diesen Kaufkraftschwund könnte unsere Exportindustrie auch vermittels einer Preissenkung nicht aufkommen. Dabei ist nicht zu vergessen, daß ein zehnprozentiger Lohnabbau bestenfalls eine zwei- bis dreiprozentige Preissenkung zur Folge hat. Auch *nach* der Preissenkung wäre es für unsere Konkurrenten ein leichtes, die schweizerischen Erzeugnisse im Preise zu unterbieten. Denn einem Preiskampf ist die schweizerische Industrie einfach nicht gewachsen. Ihr fehlen hierfür alle Voraussetzungen: wohlfeile Rohstoffe, transportverbilligende Wasserwege, Möglichkeiten einer Massen- und Serienproduktion. Ließe sich aber unsere Industrie in völliger Verkennung ihrer Stärke wie ihrer Schwäche, dennoch auf einen Preiskampf ein, so würde sie sehr bald gezwungen, die Qualität ihrer Erzeugnisse erheblich zu verschlechtern. Damit würde sie aber ihre beste Waffe im Konkurrenzkampf preis-

geben. Von einem Lohnabbau hat sie jedenfalls nicht das geringste zu erhoffen.

Die Böhlerschen Argumente sind *keineswegs stichhaltig*. Weder gelingt es ihm, die entscheidende Bedeutung der Massenkaufkraft im Konjunkturablauf abzuleugnen, noch kann er glaubhaft machen, daß durch eine Lohnsenkung die Wirtschaft angekurbelt oder der Export gefördert werden könnte. Wie die übergroße Mehrheit der bürgerlich gesinnten Nationalökonomien, sieht Böhler nicht — oder will es nicht sehen —, daß die kapitalistischen Krisen, ganz besonders aber die gegenwärtige Krise, *keine Armuts-, sondern eine Reichtumskrise ist*. Nicht, weil zu viel konsumiert und zu wenig produziert worden ist, sondern weil *zu wenig konsumiert und zu viel produziert* worden ist, ist die Krise mit all ihren Folgeerscheinungen hereingebrochen. So hat zum Beispiel seit der Vorkriegszeit die Produktivkraft der schweizerischen Wirtschaft sich *weit mehr als verdoppelt*. Die Konsumkraft der Volksmassen ist aber, wenn man die Ausfälle infolge Arbeitslosigkeit *nicht* berücksichtigt, *um nur 30 Prozent gestiegen*. Wenn man die Ausfälle in Betracht zieht, ist die Steigerung *noch geringer*. Noch ungeheuerlicher ist das Mißverhältnis zwischen Produktivkraft und Konsum in zahlreichen andern Industriestaaten, zum Beispiel in Amerika und in Deutschland. In der Schweiz stieg während der letzten wirtschaftlichen Aufstiegsperiode, von 1922 bis 1928, die *Durchschnittsdividende der schweizerischen Aktiengesellschaften um 96 Prozent*, der *Reallohn der Arbeitnehmer aber nur um 2½ Prozent*. Ein drastisches Beispiel dafür, daß die breiten Massen am technischen Fortschritt und an der Erhöhung der Produktivität der Wirtschaft bei weitem nicht genügend teilhaben.

Die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft, die diese Zahlen nicht bestreiten kann, geht stillschweigend darüber hinweg. Aber durch Ignorierung der Tatsachen werden die Tatsachen selbst nicht aus der Welt geschafft. Die heutige Krise kann nur behoben werden durch eine Erhöhung der Massenkaufkraft, sei es auf dem Wege einer Hinaufsetzung der Löhne, sei es auf dem Wege einer Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich. Wer aber glaubt, die Krise, die verursacht worden ist durch ein Zuviel der Produktion und ein Zuwenig des Konsums, könne behoben werden durch eine weitere *Konsumverminderung*, befindet sich auf einem *Irrweg*, der der Wirtschaft sehr gefährlich werden muß.

Gegen den Lohnraub — für die Besteuerung der Profite!

Von Spectator.

Der Kampf *gegen* den Lohnabbau ist untrennbar verbunden mit demjenigen *für* die Krisensteuer!

In der bevorstehenden Kampagne auf die Volksabstimmung vom 28. Mai hin kann es sich für Vertrauensleute und Agitatoren der Partei